

## INTERNATIONALE RUNDSCHAU

### Prags „Zweite Revolution“ und der Westen

Die Auswirkungen der tschechoslowakischen „Zweiten Revolution“ auf die Weltpolitik sind noch nicht abzusehen. Aber alles spricht dafür, daß dieses spektakuläre Ereignis die vom kalten Krieg ererbten politischen Strukturen arg erschüttern und hüben wie drüben zu einem Umdenken zwingen wird. Vorausgesetzt, die Tschechoslowakei gehe den Weg, den sie mit der Wahl *Dubceks* eingeschlagen hat, unbeirrt weiter, könnten auf lange Sicht gesehen die Auswirkungen auf den *Westen* sogar noch bedeutender werden, als die im Augenblick mehr interessierenden Auswirkungen auf den Osten.

Falls es sich als möglich erweisen sollte, auf einer stabilen ökonomischen Grundlage einen marxistischen Sozialismus zu vereinen mit der politischen Demokratie, mit echten Wahlen, Pressefreiheit, Gewaltenteilung, irgendeiner Form legalisierter und institutionalisierter Opposition usw., dann hätte auch für den letzten ideologischen kalten Krieger im Westen die Stunde geschlagen. Selbst der Hinweis auf die nach wie vor zähflüssig autoritäre Struktur der meisten übrigen „sozialistischen“ Länder verfinde dann kaum mehr. Es wäre — weit überzeugender noch als in Jugoslawien, wo man vorläufig auf halbem Wege stecken blieb — der Beweis erbracht, daß Sozialismus und politische Freiheit sich vereinen lassen und der Kapitalismus kein Monopol auf politische Demokratie besitzt. Die *Ulbrichts* und *Gomulkas* stünden dann einfach als Reaktionäre da, ganz so, wie auch die westliche Demokratie ihre Reaktionäre hat. Polens empörender Rückfall in einen Mini-Stalinismus mit neofaschistischem Akzent — oder soll man sagen, in einen roten Pilsudskismus? — entspräche dann Griechenlands empörender Rückfall in einen Mini-Faschismus. Und was die Sowjetunion anbelangt, die trotz ehrlich gemeinter Entstalinisierung eine so unendliche Mühe hat, sich mit Gedankenfreiheit und politischer Demokratie zu befreunden — wird der Gedanke der Freiheit und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes heute durch die Vietnampolitik Amerikas "twa überzeugender vertreten?

Was ein Erfolg des tschechoslowakischen Experiments bei uns bewirken könnte, ist nichts mehr und nichts weniger als die Möglichkeit, endlich wieder zu einer echten Opposition zu kommen. Mit dem Marxismus sowjetischer Prägung kann man bei uns ja schon seit langem keinen Hund mehr hinter dem

Wohlstandsofen hervorlocken. Das haben inzwischen auch die westeuropäischen Kommunisten eingesehen, die da und dort auf dem Wege sind, sich in eine Art Linkssozialisten zu verwandeln. Es war bisher auch die Tragik der politisch engagierten, radikalen Studentengruppen, keine überzeugende politische Alternative aufweisen zu können. So verrannten sie sich in einen politischen Negativismus, dem ein 70jähriger Philosoph aus Amerika die dialektische Weihe gab und in einen „Che“ Guevara und Ho Chi Minh-Mythos, der zur Lösung der Probleme einer westeuropäischen Industrienation ebenso wenig beiträgt, wie umgekehrt der Parlamentarismus von Westminster zur Lösung der Probleme von Bolivien und Vietnam.

Das Wort „Tragik“ wurde mit Bedacht gewählt, denn der gewaltige politische Elan dieser Studenten, die politisch wohl so wach und so gebildet sind, wie nie eine europäische und studentische Jugend zuvor, droht wirkungslos zu verpuffen, solange er nicht eine überzeugende Alternative produzieren kann. Tragisch ist das einmal deshalb, weil die Gefahr besteht, daß der politische Elan dieser Studenten, sind sie einmal der Hochschule entwachsen, mangels konkreter Betätigungsmöglichkeiten der Resignation Platz machen und erlöschen wird. Und dann vor allem auch deshalb, weil unsere westeuropäischen Demokratien allesamt am Oppositionsmangel erkrankt sind und so infolge fehlender innerer Spannkraft langsam abzusterben drohen. Was sich heute bei uns Opposition nennt, ist meist nur eine Oppositionsattrappe, und die großen kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien haben es — trotz aller Anstrengungen vor allem der KPI — bisher versäumt, ein wirklich überzeugendes Bekenntnis zur politischen parlamentarischen Demokratie abzulegen, das sie in den Augen eines fortschrittlichen Bürgertums als demokratische Oppositionsparteien legitimiert hätte. Die Oppositionsschwindsucht der westeuropäischen Demokratien aber ist eine lebensgefährliche Erkrankung, und eben deshalb erschien es als erlaubt, im Zusammenhang mit dem verpuffenden politischen Elan unserer Studenten von Tragik zu sprechen.

Von hier aus gesehen sind die jüngsten revolutionären Ereignisse in der CSR für uns in einem wesentlich anderen Sinne ein hoffnungsvolles Zeichen, als es diejenigen verstehen, die sich nur von der Schadenfreude über die langen Gesichter in Ost-Berlin, Warschau und Moskau leiten lassen. Es wäre eine seltsame List der Geschichte, sollten wir auf dem Umwege über eine Demokratisierung des Sozialismus in der Tschechoslowakei zu jener politischen Alternative, zu jener Opposition kommen, deren wir heute so dringend bedürfen, soll die politische Demokratie ins 21. Jahrhundert hinübergerettet werden können.

Freilich — das alles ist Zukunftsmusik. Selbst im günstigsten Falle stehen der Tschechoslowakei schwierige Zeiten bevor, denn auch eine noch so „stille“ Revolution ist eben eine Revolution, und der Sprung aus dem Reich der stalinistischen Notwendigkeit in das Reich der demokratischen Freiheit ist kein Katzensprung.

**Vor** allem: Wenn das tschechoslowakische Experiment als Alternative für uns überzeugend bleiben soll, dann darf es nicht zu einem schlechten Abklatsch *unseres* politischen Systems entarten. Da liegen vielleicht die größten Gefahren.

Im Grunde stehen die Tschechoslowaken heute vor einer doppelten Aufgabe: Nicht nur die politische Freiheit, sondern auch **ein** System des Sozialismus einzuführen, das diesen Namen wirklich verdient. Wollte man den bisherigen zentralisierten Staatssozialismus beibehalten, wäre eine politische Demokratisierung ohnehin nicht möglich. Die Demokratisierung der Politik erfordert eine Demokra-

tisierung der Ökonomie und umgekehrt. Die große Frage ist dabei, ob es gelingen kann, ein neues ökonomisches System einzuführen, das auch ohne kapitalistisches Profitstreben funktioniert. Dabei beweist die jüngste Entwicklung in Jugoslawien, daß einem solchen Reformkommunismus in Gestalt der Technokraten oder der „Manager“ eine neue Gefahr entsteht. Diese Technokraten lassen sich ausschließlich durch technische und wirtschaftliche Erfordernisse leiten und nehmen wenig Rücksicht auf politische Forderungen, wie etwa diejenige nach einer Selbstverwaltung der Arbeiter und der ganzen Gesellschaft.

Sollte die Prager „Zweite Revolution“ zu einer solchen „Manager-Revolution“ führen, dann wäre es freilich um die oben entworfene Alternative geschehen. Um so mehr Grund haben wir, die Geschehnisse in der Tschechoslowakei mit dem Bewußtsein zu verfolgen, daß diese in sehr direkter Weise auch uns angehen.

*Dr. Arnold Künzli*